

Slowakei

Kai-Olaf Lang

Nachdem die Regierung der rechten Mitte von Premierministerin Iveta Radicova im Oktober 2011 über die Zustimmung zum verstärkten Euro-Rettungsschirm EFSF gefallen war und Neuwahlen nötig wurden, stand die politische Auseinandersetzung in der Slowakei monatelang im Zeichen des für den 10. März 2012 angesetzten Urnengangs. Da Radicova angekündigt hatte, sich aus der Politik zurückzuziehen, sie mit dem liberalen Koalitionspartner gebrochen hatte und gleichzeitig allgemein mit einem Sieg der sozialdemokratischen Opposition gerechnet wurde, konnte die abtretende Regierung auch außen- und europapolitisch keine Akzente mehr setzen.

Vorgezogene Neuwahlen und zweite Regierung Fico

Als klarer Favorit für den Wahlsieg ging die sozialdemokratische Partei *Smer-SD* des vormaligen Ministerpräsidenten Robert Fico ins Rennen. In den Umfragen führte Smer-SD haushoch, offen war indes, wie sie eine Regierung bilden würde. Als aussichtsreichster Kandidat galt die *Christdemokratische Bewegung (KDH)*, aber auch eine Zusammenarbeit mit der stark im ungarischen Milieu verankerten Partei *Most-Hid* wurde nicht ausgeschlossen. Im Wahlkampf dominierte ein Thema: Korruption und Vetternwirtschaft. Ende 2011 waren angebliche Mitschriften einer größeren Abhöraktion (mit dem Decknamen „Gorilla“) des slowakischen Geheimdienstes SIS an die Öffentlichkeit gelangt, die enge Kontakte zwischen der Finanzgruppe Penta und slowakischen Regierungspolitikern in der Zeit zwischen 2005 und 2006 aufdeckten. Die Gorilla-Affäre schadete nicht zuletzt dem Ex-Ministerpräsidenten Dzurinda und seiner Partei, der regierenden *SDKU-DS (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei)*. Während das Dauerproblem Korruption im Vordergrund stand, blieben europapolitische Fragen eher randständig, obwohl der Fall der Regierung Radicova durch einen koalitionsinternen Dissens zur Eurorettung ausgelöst worden war. So präsentierten sich die meisten Parteien denn auch „staatstragend, proeuropäisch, aber ohne besonderes Ethos, Engagement oder Kreativität“, und betrachteten Europa-Themen als Pflichtprogramm für eine zumeist EU-freundliche Öffentlichkeit.¹ Eine Ausnahme stellten die traditionelle antieuropäische *Nationalpartei (SNS)* sowie die liberale *Freiheit und Gerechtigkeit (SaS)* dar. Letztere war es gewesen, die (als Mitglied der Regierungskoalition) durch ihr Nein zur EFSF-Erweiterung entscheidend zum Ende der Regierung Radicova beigetragen hatte. Gerade in Sachen Eurozonen-Stabilisierung und Reform der europaweiten wirtschaftspolitischen Governance bestanden beachtliche Unterschiede zwischen den Parteien.²

1 Olga Gyarfasova, Kampan mnohych „naj“ [Wahlkampf der vielen Superlative], Volebny Infoservice Infovolby, 6. 3. 2012, http://www.infovolby.sk/index.php?base=data/_pr/1331046614.txt.

2 Die eventuelle Einführung von Eurobonds befürworteten die „ungarischen“ Parteien Most-Hid und SMK, die Parteien der rechten Mitte waren strikt dagegen, Smer-SD äußerte sich nicht. Unterschiede gab es auch mit Blick auf Steuerharmonisierung (Smer-SD prinzipiell offen). Vgl. Hybe Europa volbami? Radovan Geist u.a.: Analýza postojov a programov slovenských politických strán pred voľbami do Národnej rady SR 2012, EurActiv.sk, März 2012, http://www.euractiv.sk/fileadmin/images/analyza_SK_preprint.pdf.

Die Wahlen brachten einen überraschend deutlichen Sieg für Robert Fico und seine Smer-SD.³ Die Partei erhielt fast zehn Prozentpunkte mehr als bei den vorherigen Wahlen, ein Stimmenanteil von 44% ergab eine absolute Mehrheit der Mandate. Smer-SD hatte sich als Faktor der Stabilität und Glaubwürdigkeit gegenüber einer gespaltenen und in Korruptionsaffären verwickelten rechten Mitte profiliert. Zwei Parteien der bisherigen Koalition erlitten massive Verluste: Die größte Regierungspartei, die SDKU-DS, verlor über neun Prozentpunkte und konnte sich gerade noch über der 5%-Klausel halten. Auch die SaS musste einen starken Stimmenrückgang hinnehmen (über sechs Prozentpunkte, sie erhielt nur 5,9%), ihr Euro-skeptischer Kurs hatte sich nicht ausgezahlt. Die KDH stagnierte, reklamierte aber mit einem Ergebnis von fast 9% die Rolle der führenden rechtszentristischen Partei für sich. Ähnlich stark schnitt auch die Gruppierung des jungen Medienunternehmers Matovic ab. Matovic war im Vorgängerparlament mit seiner Initiative *Gewöhnliche Menschen auf den Listen der SaA* angetreten, kandidierte aber nun mit seinen Weggefährten unter dem Label *OLaNO (Gewöhnliche Menschen und Unabhängige Persönlichkeiten)*. Mit der Aura des Neuen und einer veritablen Anti-Establishment-Kritik konnte *OLaNO* viele der Unzufriedenen abschöpfen, für die die Smer-SD zu weit links stand. Dass sich Politikverdrossenheit nicht nur im Popularitätszuwachs für Robert Fico manifestierte, zeigte auch der insgesamt hohe Anteil von einem Fünftel aller Stimmen für kleinere Parteien, die den Sprung ins Parlament nicht schafften (darunter zahlreiche Protestgruppierungen). Gleichzeitig wurden aber nationalen Ränder des politischen Gefüges geschwächt. Die nationalistische SNS schaffte den Sprung ins Parlament nicht mehr. Bei den beiden ethnisch ungarisch verwurzelten Parteien schnitt die gemäßigte *Most-Hid* wieder gut ab (6,9%), während die magyarisch-patriotische *Partei der Ungarischen Koalition (SMK-MKP)* den Einzug in die Legislative abermals verpasste.

Da die Smer-SD über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügte und keine der Oppositionsparteien in dieser Situation als bloßer Legitimierungspartner mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollte, stand rasch fest, dass es zur ersten Regierung einer Partei in der Slowakei seit 1993 kommen würde. Robert Fico signalisierte dabei den Wunsch nach politischem Konsens und Dialog mit der Opposition und breiteren gesellschaftlichen Kreisen. So wurde ein Rat für Solidarität und Entwicklung gegründet, dem unter anderem Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Selbstverwaltungen und Kirchen angehören. In das neue Kabinett wurden vier Parteilose berufen, die allesamt wichtige Ressorts leiten (Außen, Wirtschaft, Gesundheit, Justiz). Während derlei Schritte von der Opposition als Scheininitiativen kritisiert wurden, zeugen sie in der Tat vom Willen zu einem neuen Politikstil: Robert Fico möchte sich von seiner ersten Regierungszeit zwischen 2006 und 2010 abgrenzen, als ihm die Koalition mit Nationalisten und Populisten einen beachtlichen Imageschaden einbrachte.

Eurozone und Reformprozesse

Robert Fico hatte sich bereits im Wahlkampf als integrationsfreundliche Alternative zur europapolitisch fragmentierten Koalition der Mitte-Rechts-Parteien dargestellt. Zwar nutzte seine Partei die EFSF-Frage, um die Regierung Radicova zu Fall zu bringen, aber nachdem dieses Ziel erreicht war, stützte die Smer-SD alle relevanten Schritte im Rahmen

3 Karen Henderson, Europe and the Slovak Parliamentary Election of March 2012, European Parties Elections and Referendums Network, EPERN Briefing, No. 70, <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/epernslowakia2012.pdf>.

der Euro-Stabilisierung und der finanziellen Konsolidierung. Die Partei stimmte nicht nur im zweiten Anlauf der EFSF-Erhöhung zu, sie gab auch im Dezember ihr Einverständnis zur verfassungsmäßigen Verankerung einer Schuldenbremse.

Als neuer Regierungschef betonte Fico ebenfalls einen proeuropäischen Ansatz. Die Regierung der Smer-SD werde, so die Regierungserklärung zur Außenpolitik, ein „konstruktiver und verantwortungsvoller Akteur“ in der Eurozone sein.⁴ Im Zusammenhang mit den Debatten um ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ließ die Regierung Fico keinen Zweifel daran, dass die Slowakei ihren Platz im Kern Europas haben müsse: „Dort sind Deutschland und Frankreich, dort sind die entscheidenden Motoren der EU. Andernfalls werden wir nur anschauen, was die Eurozone vorbereitet und in einem bestimmten Moment durchsetzen wird.“⁵ Insgesamt befürwortete die Smer-SD-Regierung auch Maßnahmen zur Integrationsvertiefung: Europa, so Ministerpräsident Fico, brauche „mehr Integration, damit es überlebt“.⁶ Allerdings gebe es Grenzen: Den Haushalt werde man zwar gerne mit der EU „koordinieren und kommunizieren“, doch „wir werden unser nationales Budget nicht den Bürokraten aus Brüssel zum Beschluss vorlegen“.⁷ Gleichwohl unternahm die Slowakei zügige Schritte, um an der Eurozonen-Stabilisierung mitzuwirken. Im Mai stimmte das Parlament der Änderung von Art. 136 AEUV zu, im Juni wurde mit 118 von 144 Stimmen (nur die SaS, Teile von OLaNO und zwei Unabhängige votierten dagegen) die Zustimmung zum ESM erteilt.

Bei der Debatte um die adäquate Mischung von Haushaltsdisziplin und Wachstum, nahm die sozialdemokratische Regierung rhetorisch eine vermittelnde Position ein, faktisch betonte sie aber vor allem die Bedeutung „gesunder öffentlicher Finanzen“ und grundlegender Strukturreformen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Slowakei unterstützte die Etablierung neuer Wachstumsinstrumente, sofern diese „keine bedeutende Belastung für nationale Haushalte mit sich bringen“.⁸ Obwohl Fico immer wieder die Bereitschaft zur Solidarität mit Nehmerländern in der Eurozone signalisierte, knüpfte er diese auch an die Erfüllung klarer Bedingungen. Weitere Nachlässe etwa für Griechenland könnten dazu führen, dass in der Slowakei der Geduldsfaden risse.⁹ Bei den Verhandlungen um den mittelfristigen Finanzrahmen der EU nahm die Slowakei eine aktive Rolle im Rahmen der Nettoempfänger ein. Anfang Oktober 2012 traf sich die Gruppe der „Freunde der Kohäsionspolitik“ auf der Ebene der Regierungschefs und anderen hochrangiger Vertreter in Bratislava. Premier Fico betonte dabei, die Relevanz der Kohäsionspolitik für die Slowakei, wo drei Viertel aller öffentlichen Investitionen aus dem EU-Haushalt finanziert würden.¹⁰

4 Programove vyhlásenie vlady – zahranična politika [Programmatische Erklärung der Regierung – Außenpolitik], ohne Ort, ohne Datum, www.mzv.sk.

5 Premier: Slovensko je za hlbsiu integraciu, aj ta ma vsak svoje hranice, Service Euractiv, 18.10.2012, www.euractiv.sk.

6 Fico: Europa potrebuje viac integracie, aby prezila, 29.6.2012, www.pravda.sk.

7 Premier: Slovensko je za hlbsiu integraciu ...

8 Zameranie zahraničnej politiky Slovenskej republiky na rok 2012, [Leitlinien der Außenpolitik der Slowakischen Republik für das Jahr 2012], ohne Ort, ohne Datum www.mzv.sk.

9 Pohar trepezlivosti na Slovensku uz podla Fica pretiekol, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 22.9.2012, www.pravda.sk.

10 Chudobnejsie krajiny ovplyvnia rozpočet Unie, veri Fico, Meldung der Nachrichtenagenturen TASR, SITA, 5.10.2012, www.sme.sk.

Westbalkan und Östliche Partnerschaft: Slowakische Prioritäten in der Nachbarschaft

Die Slowakei zählte den Westlichen Balkan und den Heranführungsprozess der Länder in der Region an die EU weiterhin zu den Kernzielen ihrer Außen- und Europapolitik. Dementsprechend unterstützte Bratislava die Zuerkennung des Kandidatenstatus für Serbien sowie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro. Durch die abermalige Ernennung des ausgewiesenen Westbalkankenners Lajcak zum Außenminister wurde diese Priorität auch von der neuen Regierung Fico unterstrichen. Lajcak war der erste ausländische Politiker, der Serbien nach den dortigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Mai 2012 besuchte. Er gab nach dem Machtwechsel in Belgrad zu verstehen, dass die Slowakei unabhängig von der dortigen Regierungskonstellation weiterhin eng mit Serbien zusammenarbeiten werde und Reformen flankieren wolle.¹¹ An den intensiven Beziehungen zwischen beiden Ländern änderte auch die Tatsache nichts, dass die Slowakei seit Juli 2012 Pässe anerkennt, die von kosovarischen Behörden ausgestellt werden.¹² Die Slowakei folgte weiterhin der Devise, dass sie das Kosovo als Staat nicht anerkennt, praktisch jedoch an der Stabilisierung des Kosovo teilnimmt und das eigene Engagement auch in Abhängigkeit vom Dialog zwischen Belgrad und Pristina definiert.

Ein zweiter Vorrangbereich der außenpolitischen Aktivitäten blieb die östliche Nachbarschaft der EU. Auch in den offiziellen außenpolitischen Prioritäten wurde die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft (ÖP) hervorgehoben: Bratislava werde sich aktiv an der Umsetzung der so genannten ÖP-Road Map beteiligen und sich in das Programm der Visegrad-Gruppe für die ÖP einbringen.¹³ Ungeachtet dessen blieben die problematischen Entwicklungen in den Ländern der ÖP auch in der Slowakei nicht unbeachtet. Nicht zuletzt die innenpolitischen Zerwürfnisse in der Ukraine und die Zukunft des paraphierten Assoziierungsabkommens der EU mit diesem Land lösten in Bratislava Besorgnis aus. Außenminister Lajcak erklärte mit Blick auf die ukrainischen Parlamentswahlen vom Oktober 2012, nicht Ungarn, sondern die Ukraine sei der problematischste Nachbar der Slowakei.¹⁴

Ausblick

Die zweite Regierung Fico gerierte sich in den ersten Monaten ihrer Amtszeit als europafreundlicher, stabiler und konsensorientierter Akteur. Selbst das schwierige Verhältnis zu Ungarn entspannte sich, mit Teilen der ungarischen Minderheit bzw. deren politischer Vertretung wurde ein Dialog intiiert. Europapolitische Grundfragen, so etwa die Reichweite von Vertiefungsschritten, sollen auch mit der Opposition diskutiert werden. Die Fortführung dieses Ansatzes wird möglicherweise in den nächsten Jahren andauern, um so das Gewicht der Slowakei in der EU mit Blick auf die Ratspräsidentschaft 2016 zu erhöhen. Diese warf bereits 2012 erste Schatten voraus. So werden 2012 erste Vorbereitungsmaßnahmen anlaufen. Die Umbenennung des Außenressorts in „Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten“ oder die Aufwertung der Position des Außenministers, der gleichzeitig auch stellvertretender Regierungschef ist, gehören auch in diesen Kontext. Die Slowakei wird ihre Europapolitik immer mehr unter dem Blickwinkel des in einigen Jahren anstehenden Vorsitzes denken.

11 Fico dostane pozvanie do Bieleho domu, in: Pravda, 27.7.2012.

12 Slovensko uznava len kosovske pasy, stat nadalej nie, in: Sme, 21.7.2012.

13 Zameranie zahranicnej politiky Slovenskej republiky na rok 2012, [Leitlinien der Außenpolitik der Slowakischen Republik für das Jahr 2012], ohne Ort, ohne Datum www.mzv.sk.

14 Lajcak: Najproblematickejsim susedom nie je Madarsko, ale Ukrajina, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 18.7.2012, www.pravda.sk.

Slowenien

Sabine Willenberg

Dass vorgezogene Parlamentswahlen unumgänglich werden, hatte sich bereits im Frühjahr 2011 abgezeichnet.¹ Angesichts der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise in Slowenien bröckelte die sozialliberale Koalition um Ministerpräsident Borut Pahor (Sozialdemokratische Partei – SD) immer weiter auseinander, bis sich der Premier – trotz des massiven Drucks der EU – zur Handlungsunfähigkeit verurteilt sah. Von der Opposition initiierte Referenden wie um die für die Sanierung des slowenischen Haushalts unumgängliche und aus Brüssel massiv angemahnte Rentenreform hatten der Regierung immer weiter die Hände gebunden. Gleichzeitig hatten sie den Weg des Oppositionsführers Janez Jansa (Slowenische Demokratische Partei – SDS) zurück ins Amt – schon zwischen 2004 und 2008 hatte er Slowenien in nationalkonservativem Stil regiert – scheinbar sicher geebnet.

Während die Sozialdemokraten erwartungsgemäß für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht und mit einem Einbruch ihres Stimmenanteils von 30 auf 10 Prozent abgestraft wurden, gelang der Machtwechsel nach den Wahlen am 4. Dezember 2011 längst nicht so unkompliziert, wie von Kontrahent Jansa gehofft. Nach einem Nervenkrieg hin zur Regierungsneubildung blickt die EU nunmehr gespannt auf die Arbeit des umstrittenen Ex- und Neu-Premiers Jansa, dem die Mammutaufgabe obliegt, den einstigen EU-Musterschüler Slowenien aus der tiefen Haushalts- und Eurokrise zu holen.²

Regierungs-Comeback Jansas mit Hindernissen

Der Wahlausgang im Dezember kam äußerst überraschend: Als Kandidat mit Macher-Image tauchte nur kurz vor den für Jansa scheinbar schon entschiedenen Wahlen Ljubljanas Bürgermeister Zoran Jankovic auf der Bühne auf – und sprintete mit seiner Liste „Positives Slowenien“ in nur sieben Wochen zum Wahlsieg. Die schallende Ohrfeige für Jansas Nationalkonservative nährte umso mehr die Hoffnungen auf schnelle Reformen, für die der erfolgreiche Ex-Mercator-Manager Jankovic über die slowenische Rechts-Links-Kluft hinweg prädestiniert schien.³ Die Ernüchterung erfolgte jedoch auf dem Fuße: Bei der parlamentarischen Abstimmung am 11. Januar 2012 scheiterte der designierte Ministerpräsident, nachdem Jansa alle Hebel gegen den Kontrahenten in Bewegung gesetzt und durch den Boykott der rechtsgerichteten Parteien eine Regierungsmehrheit verhindert hatte. Zünglein an der Waage wurde vor allem die liberale „Bürgerliste“ des Ex-Verwaltungsministers Gregor Virant, die sich im Herbst 2011 aus Abtrünnigen der SDS gebildet hatte, nun aber kurzfristig von ihrer Koalitionszusage an Jankovic abgewichen war.⁴

1 Vgl. auch Sabine Willenberg (2012): Slowenien, in: Werner Weidenfels/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012, S. 467ff.

2 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitte-rechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht, http://www.kas.de/wf/doc/kas_30057-1522-1-30.pdf?120206112544.

3 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at) (05.12.2011): Ex-Manager Zoran Jankovic triumphiert.

4 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at) (11.01.2012): Designierter Premier Jankovic scheitert im Parlament, <http://derstandard.at/1326248987561/Designierter-Premier-Jankovic-scheitert-im-Parlament>.

Die weitere Regierungssuche geriet dann nicht zuletzt zu einem Machtkampf zwischen Jansa und Präsident Danilo Türk, der Jansa auch noch, nachdem sich sein Alternativkandidat, Banker Marko Voljc, als nicht mehrheitsfähig erwies, das Mandat zur Regierungsbildung verweigerte. Weil sich der aussichtsreiche Kandidat Janez Jansa gleichzeitig in der Schmiergeld-Affäre – in der ihm für seine frühere Amtszeit Korruption und Amtsmissbrauch beim Kauf von Patria-Radpanzern vorgeworfen wird⁵ – vor Gericht verantworten musste, entzog ihm Türk die notwendige Legitimation für den Premierposten. Erst die Eigeninitiative des Parlaments, das gemäß Paragraph 111 der slowenischen Verfassung selbst das Vorschlagsrecht für den Regierungschef wahrnahm, verhalf Jansa schließlich Ende Januar ins Amt.

Rentenreform und Rentnerpartei DeSuS als Zünglein an der Waage

Die neue Regierung stützt sich auf eine Koalition aus fünf Parteien: SDS, die kleinen Rechtsparteien SLS (Volkspartei) und NSi (Neues Slowenien), die liberale DLV (Bürgerliste Gregor Virant) und die Pensionistenpartei (DeSUS), wobei letztere als Königsmacher im Slowenien-typischen Patt zwischen Rechts und Links fungierte. Gerade mit dieser Partei scheinen die Konflikte aber vorprogrammiert, denn die Rentenreform, die die Vorgängerregierung faktisch das Mandat kostete und welche die DeSuS opponiert, ist auch von Jansas Regierung nicht zu umgehen: Das niedrige Rentenalter von derzeit 61 (Frauen) bzw. 63 (Männer) Jahren, das auf 65 angehoben werden sollte, reißt jährlich Milliardenlöcher ins Budget, die sich Slowenien nicht mehr leisten kann.⁶

Altlast Familiengesetz

Zu einem ersten Test für die neue Regierungsfähigkeit avancierte im März 2012 die Volksabstimmung über das Familiengesetz. Dieses sollte eine Anpassung an die Familiendefinition der UNO vornehmen, und damit eine Stärkung der Rechte des Kindes ungeachtet der jeweiligen Familienform sowie eine Ausweitung von Rechten für Homosexuelle. Das liberale Gesetz war von der früheren Mitte-Links-Regierung Pahors verfasst und im Juni 2011 vom Parlament verabschiedet worden. Während es bei verschiedenen angesehenen Fachleuten und Menschenrechtsorganisationen breite Unterstützung fand, war es in konservativen Kreisen hoch umstritten. Die neue Mitte-Rechts-Regierung Jansas, die sich als Ganzes offiziell aus der Kampagne heraushielt, teilte das Referendum in zwei Lager: Während die liberale Bürgerliste DLV und die DeSUS das Gesetz befürworteten, opponierten es die SDS von Premier Janez Jansa sowie die kleinen konservativen Parteien, NSi und SLS. Das Familienministerium, das unter der früheren Regierung das Gesetz verfasst hatte, geriet durch den Regierungswechsel gleichzeitig in eine unangenehme Lage, indem es unter der neuen Leitung sein eigenes Gesetz nicht mehr unterstützen und verteidigen durfte. Trotzdem gelang der Zusammenhalt der Koalition, und Jansa verbuchte die mehrheitliche Ablehnung des Gesetzes im Referendum als Bestätigung seiner Politik.⁷

5 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/02.05.2012) (02.05.2012): Patria-Prozess geht weiter, <http://derstandard.at/1334796812509/Waffengeschaeft-Patria-Prozess-geht-weiter>.

6 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitterechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht.

7 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/25.03.2012) (25.03.2012): Klares Neun zum Familiengesetz, <http://derstandard.at/1332323741950/Referendum-Slowenien-Klares-Nein-zu-neuem-Familiengesetz>.

Gelingt das Meisterstück Haushalts- und Bankensanierung?

Knackpunkt für den Regierungserfolg Jansas bleibt aber sein Vermögen, die Haushaltskrise des Landes, die sich nunmehr zusätzlich zu einer Bankenkrise ausgewachsen hat, in den Griff zu bekommen. Angekündigt hat er massive Reformen; ohne die ist eine Sanierung nicht zu machen. Slowenien ist seit 2007 Teil der Euro-Zone. Mit einer Wirtschaftsleistung von gut 35 Milliarden Euro gehört es zu den kleinsten Mitgliedern der Währungsunion. 2009 brach das Bruttoinlandsprodukt um 8,1 Prozent ein; nach einer leichten Erholung rutschte Slowenien im vergangenen Jahr erneut in die Rezession. Besonders schwer macht dem Land der Bankensektor zu schaffen, vor allem seit zuletzt die größte Bank, die Nova Ljubljanska Banka, ins Straucheln geriet. Die schrumpfende Wirtschaft nimmt dem Staat jedoch die Kraft, sie aus eigener Kraft zu sanieren. Wie Spanien hat Slowenien bislang einen vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, besorgniserregend ist aber die Dynamik der Neuverschuldung. Bankenmisere und Rezession nehmen Slowenien zusätzlich die Möglichkeiten, an den Kapitalmärkten an frisches Geld zu kommen, was Finanzierungskosten auf den Höchststand, Slowenien an der Rand der Wettbewerbsfähigkeit trieb.

Die neue Regierung versprach, das Defizit bis 2013 auf 2,9 Prozent zu senken – und so wieder die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Dazu muss sie vor allem den restriktiven Arbeitsgesetzen, dem schwierigen Zugang zu Krediten und der ineffizienten Bürokratie entgegenarbeiten, nicht zuletzt die unbeliebte Rentenreform auf den Weg bekommen.⁸

Im ersten Schritt setzte Jansa auf radikale Sparpolitik, begründet auf einer gnadenlosen Analyse – und Abrechnung mit – der Arbeit der Vorgängerregierung, die er für die prekäre Situation verantwortlich macht. Das Fiskal-Balance-Gesetz führte – unter dem Protest der Bevölkerung, die eine Reduzierung der Pensionen befürchtete, jedoch in achtsamer Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern – zu einer Neuberechnung der Pensionen und Einzahlungen in den Pensionsfonds, deren tatsächliche Effekte auf Pensionshöhe einerseits und Sparpotenziale andererseits aktuell aber noch analysiert werden.⁹ Außerdem wurden erste Maßnahmen zur Abschaffung von Barrieren sowie zur Verbesserung des Wirtschaftsumfelds in Slowenien eingeleitet.

Von der Wirksamkeit seiner lancierten Gegenmaßnahmen zeigt sich Jansa überzeugt. So dementierte er Anfang Juli 2012 auf Schärfste Gerüchte, Slowenien sei das nächste Land, das EU-Finanzhilfen beantrage. Im Gegenteil sei die Gefahr dank seines Sparpakets „vorübergehend“ gebannt. Finanzhilfen seitens des Internationalen Währungsfonds oder von den europäischen Hilfsmechanismen seien nicht nötig.¹⁰

Gleichwohl seien Jansa nach weitere rigide Sparmaßnahme unvermeidbar, weitere „harte Nüsse noch zu knacken.“¹¹ Für die Verankerung einer goldenen fiskalischen Regel in der Verfassung, die Sloweniens Position auf den nationalen Finanzmärkten deutlich verbessern soll, wirbt Jansa noch um die nötige parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit. Die

8 Vgl. SpiegelOnline (03.07.2012): Euro-Krise erreicht Slowenien, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-schluempft-slowenien-unter-den-rettungsschirm-a-842416.html>.

9 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism, http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/225/6083/.

10 Vgl. Slowenien dementiert Hilferuf an die EU. In: SpiegelOnline, 04.07.2012, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/slowenien-kein-geld-aus-euro-rettungsschirm-a-842590.html>.

11 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism.

Vorbereitung der Entwicklungsstrategie für die Periode ab 2013 soll außerdem die Basis legen, um einfacher auf die Europäischen Fonds zugreifen zu können. Einem strukturellen Defizit der Vorgängerregierung stellte sich der neue Premier auch, indem er das Management von Staatsanleihen ebenso wie eine Restrukturierung der Handelsbilanz in die neu konstituierte staatliche Holding überführte.

Zu seinem umfassenden Reformprogramm gehören aber auch Maßnahmen, um der bisherigen Nicht-Implementierung des Luftqualitäts-Programms sowie dem Stillstand in administrativen Prozeduren der Umweltagentur der Republik Slowenien entgegenzuwirken. Diese hatten Slowenien zuletzt schon Klagen vor dem Gerichtshof der EU eingebracht.¹²

Angesichts seiner nur schwachen Regierungsmehrheit wird die Machbarkeit und Wirksamkeit von Jansas Maßnahmen nun maßgeblich auch davon abhängen, inwieweit es ihm gelingt – mit oder trotz – seines bekannten konfrontativen Regierungsstils statt einer Verhärtung der slowenischen Fronten einen fraktionsübergreifenden Konsens zu erreichen. Stimmungsbarmeter dafür ist der bereits angelaufene Wahlkampf um das Präsidentenamt, für das auch Jansa-Kontrahent Türk wieder antritt und der bereits heftig die divergenten Positionen entlädt.¹³

Kontinuität in der Westbalkanpolitik?

Auch in der südöstlichen Nachbarschaft brachte Jansas Regierungsantritt zunächst Zurückhaltung. Er gilt als Hardliner, der sich vor allem im Grenzkonflikt mit Kroatien bislang unnachgiebig gezeigt hatte: Das Abkommen über die Beauftragung eines externen Schiedsgerichts, das 2011 die Blockade der kroatischen Beitrittsverhandlungen gebracht hatte, hatte er kategorisch abgelehnt. Er stellte im Gegenteil in national-konservativer Polemik auch die Ablehnung eines kroatischen EU-Beitritts immer wieder zur Disposition. Entsprechend gespannt bleibt das nachbarschaftliche Verhältnis bis zu einer endgültigen Klärung im Vorfeld des für Juli 2013 avisierten Beitritts. Gleichzeitig setzte Jansa in den multilateralen Beziehungen im westlichen Balkan zunächst auf Kontinuität und führte den Brdo-Prozess fort, der die slowenische Vorreiterrolle bei der Integration der postjugoslawischen Staaten in die EU institutionalisieren soll.¹⁴ Gleichwohl bleibt die Rolle des Prozesses wie unter der Vorgängerregierung bislang beschränkt, das europapolitische Profil entsprechend unscharf.

Weiterführende Literatur

Reinhard Wessel: Nun doch: Neue Mitte-rechts-Regierung für Slowenien, KAS-Länderbericht, Januar 2012, http://www.kas.de/wf/doc/kas_30057-1522-1-30.pdf?120206112544.

12 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (17.07.2012): Adoption of legislation is of vital importance to the state, http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/225/6093/.

13 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister (12.07.2012): Prime Minister Janez Jansa: Vote on the golden fiscal rule – a test without precedence in Slovenian parliamentarism. (a.a.O.).

14 Vgl. The Slovenia Times (08.06.2012): Good relations between Slovenia and Macedonia reaffirmed, <http://www.sloveniatimes.com/good-relations-between-slovenia-and-macedonia-reaffirmed>. (a.a.O.).

Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres¹

Spanien stand im Zentrum der Weltwirtschaftskrise. Die gravierende Situation, in der sich die spanische Wirtschaft befand, beunruhigte nicht nur Regierung und Bürger, sondern wurde zum zentralen Thema im Ecofin-Rat, der Euro-Gruppe, des Europäischen Rats sowie auch bei G-8 und G-20-Treffen. Die Situation Spaniens blieb niemandem verborgen. Barack Obama stellte bei mehreren Gelegenheiten fest, „Spanien und Italien würden das größte Problem für die EU darstellen, wenn der Druck der Märkte weiterhin anhielte“. Europas Staats- und Regierungschefs verfolgten die Entwicklung der spanischen Konjunktur bezüglich ihrer Auswirkungen auf die EU mit Sorge. Und während Nicolas Sarkozy feststellte, „man hätte über Spanien wie über ein Wunder gesprochen, aber jetzt wolle niemand an seiner Stelle stehen“, beschränkte sich Angela Merkel darauf, die Bemühungen Spaniens als positiv zu bewerten, allerdings „müsse mehr unternommen werden, um das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen“¹. Es waren die Äußerungen Mario Montis, die die Märkte zutiefst beunruhigten, als er klar ausdrückte, dass „Spanien Europa Anlass zu großer Sorge gebe“, denn „die wirtschaftliche Lage Spaniens könne zu einem Ansteckungseffekt für den gesamten europäischen Kontinent führen“².

Anfang 2012 fiel Spanien zurück in die Rezession. War die Jahresbilanz 2011 des Bruttoinlandsprodukts mit 0,7% noch positiv, so prognostizierte der Internationale Währungsfonds für 2012 einen Rückgang um 1,7%.³ Die spanische Wirtschaft befand sich außer Kontrolle. Jeder vierte Spanier war arbeitslos, die Kapitalflucht war konstant, die Staatsverschuldung hatte sich in weniger als drei Jahren verdoppelt (von 36% im Jahr 2007 auf beinahe 80% im Jahr 2011) und alle Kürzungen der Staatsausgaben zur Kontrolle des Defizits erzielten nicht den gewünschten Effekt. Das Misstrauen der Märkte trieb Spanien mehr und mehr in die Enge, bis die Verstaatlichung einer der größten Banken Spaniens, Bankia, dazu führte, dass das Land Antrag auf Kapitalhilfe der EU stellte. Zwar war im Juni 2012 lediglich die Rettung der spanischen Banken das Ziel, doch verstärkten sich die Gerüchte um eine Rettung der gesamten spanischen Wirtschaft.

In der spanischen Bevölkerung wuchsen Resignation und Pessimismus täglich. Aufgrund der außerordentlich hohen Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50% wanderten junge Spanier in Länder aus, die ihnen bessere wirtschaftliche Perspektiven und höhere Lebensqualität boten. Für diejenigen, die im Land blieben, gab es Kürzungen auf allen Ebenen, Steuererhöhungen (Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Zuzahlungen im Gesundheitswesen, allgemeine Tarifierhöhungen) und Reformen des Arbeitsmarkts, des Finanzsektors sowie neue Gesetze zur Haushaltstransparenz und -stabilität. Und dies alles unter dem Eindruck, dass die Regierung, sowohl die von José Luis Rodríguez Zapatero (bis Dezember 2011) als auch die von Mariano Rajoy, ihre Wahlversprechen nicht einhielt und entsprechend der Lage bzw. auf den Druck der Märkte sowie der internationalen und europäischen Finanzinstitutionen agierte.

1 Übersetzt aus dem Spanischen.

Es gab wenig gute Nachrichten für Spanien. Eine davon war die Ankündigung der ETA im Oktober 2011, nach 43 Jahren Terror und mehr als 800 Toten ihre terroristischen Aktivitäten endgültig aufzugeben. Eine weitere gute Nachricht war der Sieg der spanischen Fußballnationalmannschaft bei der EM 2012, die in Polen und der Ukraine stattfand. Angesichts dieses allgegenwärtigen Pessimismus konzentrierte sich Spaniens Regierung ausschließlich auf die Europapolitik. Wie nie zuvor war die Europäische Union in politischen Debatten, in den Medien und auf den Plakaten der zahlreichen Demonstrationen präsent. Die Richtung der Europapolitik hatte sich verändert: Es zählte nicht mehr, was Spaniens Meinung über die EU, sondern vielmehr, was die Meinung der EU über Spanien war.

Von Zapatero zu Rajoy

Aufgrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten und der Wahlniederlagen der PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai 2011 sah sich José Luis Rodríguez Zapatero gezwungen, die Wahlen von März 2012 auf den 20. November 2011 vorzuziehen. Die Wahl technokratischer Regierungen in Griechenland und Italien kurz zuvor bestätigten die vorgezogenen Wahlen als beste Entscheidung der sozialistischen Regierung, die politisch am Ende war und weder auf die Unterstützung der Spanier, noch auf die der europäischen Staats- und Regierungschefs zählen konnte.

Im Wahlkampf der beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Mariano Rajoy von der Partido Popular PP (Spanische Volkspartei) und Alfredo Pérez Rubalcaba für die PSOE, wurde die Europapolitik von einem einzigen Thema dominiert – nämlich wie Spanien die ihm von den europäischen Institutionen auferlegten Maßnahmen umsetzen sollte. PP und PSOE waren sich einig, dass die Europapolitik nun keine Außenpolitik, sondern vielmehr eine Verlängerung der Innenpolitik war. Allerdings gingen die Meinungen, wie die Krise zu bewältigen sei, weit auseinander. Die PSOE räumte – obwohl sie die von der EU geforderte Sparpolitik bejahte – in ihrem Wahlprogramm ein, „dass die Lösung der Schuldenprobleme einer konservativen Logik entspringe“ und dass es „erforderlich sei, Europa zu korrigieren“. Und zwar durch Maßnahmen wie der Herabsetzung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank (EZB), die Möglichkeit, dass diese als Geldgeber agieren könne, die dringende Rekapitalisierung der europäischen Banken, die Konsolidierung eines Mechanismus zur Bewältigung von Staatsbankrotten und die Einführung von Eurobonds. Außerdem wurde langfristig die Einführung eines gemeinsamen Fonds zur Verwaltung der europäischen Steuergelder und eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen. Das alles wurde begleitet von „einer glaubhaften Wachstumsstrategie der EU, denn Wachstum sei der einzige Weg zur Rückzahlung der Schulden und zur Schaffung von Arbeitsplätzen“².

Die PP schlug ihrerseits in ihrem Wahlprogramm zur Bewältigung der Finanzkrise in der EU und in Spanien „eine proeuropäische Haltung und mehr Zusammenarbeit“ vor. Darüber hinaus kritisierte sie den Verlust von Einfluss und Initiative der Regierung Zapatero innerhalb der EU und versprach, wieder eine wichtige Rolle bei der Suche nach Lösungen für Europa einzunehmen. Die PP brachte kaum Lösungsvorschläge im Bereich Wirtschaft und Finanzen, wandte sich jedoch anderen Themen der Europapolitik zu, die für Spanien ebenfalls von Bedeutung waren. Sie trat für die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und

2 „Una política exterior eficaz para salir de la crisis“, Programa Electoral 2011 del PSOE; Pérez Rubalcaba, Alfredo (2011); „Política exterior para tiempos de crisis“, Política Exterior, Vol. XXV, Nr. 144, November/Dezember, S. 48-56.

Wachstumpakts ein, für die Sanierung der europäischen Banken, für die Förderung der spanischen Finanzdienstleistungen und setzte sich für eine gemeinsame Aufsicht ein. Auf der anderen Seite hob sie die Notwendigkeit hervor, eine aktivere Rolle bei der Ankurbelung der Strategie Europa 2020 zu spielen, Übergangszeiten für die spanischen Regionen auszuhandeln, neue Förderungsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen, die transeuropäischen Netze weiter auszubauen, den Raum für Freiheit, Sicherheit und des Rechts zu stärken und bei einer gemeinsamen Einwanderungspolitik voranzuschreiten.³

Nach dem überwältigenden Wahlsieg im November 2011 von Mariano Rajoy mit absoluter Mehrheit (186 von 350 Sitzen) gewann ein Telegramm von Angela Merkel an Bedeutung, das von der spanischen Presse aufgegriffen wurde. Sie schrieb, dass „Rajoy in dieser schwierigen Zeit für Spanien und Europa ein deutliches Mandat seines Volkes erhalten hat, um die erforderlichen Maßnahmen umgehend zu ergreifen und durchzusetzen“. Bereits am Morgen nach dem Wahlsieg rief Rajoy Merkel an und betonte die ernste Lage Spaniens. Er bat sie, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die EZB den Kauf spanischer Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt nicht einstellte.⁴

Bei seiner Amtseinführungsrede konzentrierte Mariano Rajoy sich im Bereich der Außenpolitik darauf, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Spaniens weltweit zurückzugewinnen. Sein Motto war, die „Marke Spanien“ zurückzuerobern und eine neue Diplomatie mit starken wirtschaftlichen Akzenten zu entwickeln. Auf europäischer Ebene bedeutete dies, dass „Spanien Teil der Lösung des Problems der Eurozone sein müsse, um sie zum Rahmen für Wachstum und Arbeitsbeschaffung der spanischen Wirtschaft zu machen“⁵. Es ist kein Zufall, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit wieder auf einen früheren EU-Abgeordneten der PP, José Manuel García-Margallo, fiel und dass das Landwirtschaftsministerium, dessen wichtigstes Ziel die Durchsetzung spanischer Interessen auf dem Agrarsektor der EU war, erneut mit Miguel Arias Cañete besetzt wurde, einem Schwergewicht während der Amtszeit Aznars. Zudem fällt auf, dass mit dem Staatssekretär für Wirtschaftspolitik Álvaro Nadal ein bekannter Wirtschaftsfachmann aufgeboten wird, der deutsch spricht und über direkte Verbindungen zum deutschen Kanzleramt verfügt.

Im Hinblick auf ihre Verbündeten strebte die Regierung Rajoy auf dem Papier eine Rückkehr zur Europapolitik Aznars an.⁶ Bevor Rajoy sein Amt antrat, plädierte er für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Großbritannien (mehr mit Nick Clegg als mit David Cameron) und Polen, und weniger mit Frankreich. Allerdings war in der Praxis Deutschland der bevorzugte Partner Spaniens, zumindest in den ersten Regierungsmonaten der PP. Einerseits hatte die PP einen Plan ausgearbeitet, Spanien in eine Art „Deutschland des Südens“ zu verwandeln, mit einem Paket aus Sparmaßnahmen, Einschnitten in den Staatsausgaben und Strukturreformen, was stark im Einklang mit den Forderungen Angela Merkels und ihren Partnern im Süden Europas stand. Andererseits vertieften sich die Kontakte zwischen der Mannschaft Rajoy und der Deutschlands bereits vor den Wahlen und der Amtsüber-

3 „Política europea y proyección exterior“, Programa Electoral Partido Popular 2011; Rajoy, Mariano (2011), „Mi visión de Europa y España en el mundo“, Política Exterior, Vol. XXV Nr. 144, November/Dezember S. 40-47.

4 „Merkel urge a Rajoy a aplicar reformas con rapidez“, Público, 22. November 2011; „Merkel: Rajoy tiene un mandato claro para realizar reformas rápidas“, La Vanguardia, 22. November 2011.

5 „Discurso de Mariano Rajoy en la sesión de investidura como Presidente del Gobierno“, Abgeordneten-kongress, 19. Dezember 2011. Zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.

6 „Diplomacia con objetivo económico“, El País, 11. November 2011.

nahme. Als er in Moncloa angekommen war, wandelte sich Rajoy vom Saulus zum Paulus und setzte die von Angela Merkel geforderten Sparmaßnahmen um.

Allgemeines Misstrauen in die Wirtschaft Spaniens

In Bezug auf die Wirtschaft Spaniens wurden zahlreiche Tabus gebrochen. Vor nicht allzu langer Zeit war Spanien die achtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Obwohl das Land immer noch auf Position zwölf steht und die viertgrößte Wirtschaftsmacht Europas ist, verringerten die Auswirkungen der Krise Spaniens internationales und europäisches Gewicht drastisch. Spanien nahm nun nicht mehr als relevanter Akteur an den wichtigsten Wirtschaftsforen teil, die Regierung intervenierte nur, um die Sparmaßnahmen und die in Angriff genommenen Strukturreformen zu rechtfertigen. Das Tabu des Unmöglichen wurde gebrochen (das Prinzip des *Too big to fail*), nämlich dass Spanien einmal unter den Rettungsschirm schlüpfen oder sogar zur Peseta zurückkehren könnte.

Ein weiteres Tabu, das gebrochen wurde, betraf die Innenpolitik mit der Reform der Verfassung von 1978. Das spanische Parlament beschloss im Sommer 2011 in einer Eilreform des Artikels 135 der Verfassung die Einführung der Schuldenbremse.⁷ Mariano Rajoy bestätigte im Abgeordnetenhaus, dass „Spanien in Verantwortung und europäischer Solidarität“ so dem Europäischen Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) vorgriff, der anschließend im Dezember 2011⁸ durch den Europäischen Rat beschlossen wurde. Dieser Fiskalpakt, dem Großbritannien und die Tschechische Republik nicht beitraten, soll die Wirtschaftsdisziplin und -koordination der 17 Euroländer stärken.⁹

Trotz dieses proeuropäischen Zugeständnisses Spaniens und der strikten Umsetzung der deutschen Sparmaßnahmen durch Rajoy sorgten die schlechten Wirtschaftszahlen Spaniens und diverse Maßnahmen der neuen Regierung für steigendes Misstrauen. Beispielsweise verstand niemand in Europa, warum die spanische Regierung den Haushaltsplan 2012 aufgrund der anstehenden Wahlen erst im März vorlegte. Ein weiteres Beispiel sind die Anschuldigungen Mario Draghis, die spanische Regierung hätte die Verstaatlichung von Bankia „auf die erdenklich schlechteste Weise“ durchgeführt.¹⁰ Das Maß war voll, als das Staatsdefizit 2011 mit unterschiedlichen Zahlen angegeben wurde. Die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros hatte bis zum Wahltag behauptet, dass die Staatsverschuldung mit einem Defizit von 6% beziffert werden könne, wie es mit der Kommission vereinbart war. Die Regierung von Mariano Rajoy teilte bereits mit, dass die Verschuldung des Landes 8% betragen würde. Nach einer Vielzahl unterschiedlicher Meldungen betrug das Staatsdefizit letztendlich 8,9%, teilweise aufgrund falscher Angaben verschiedener autonomer Regionen. Als Konsequenz stellte die Europäische Kommission Spanien unter strenge Beobachtung und entsandte regelmäßig Experten nach Spanien, um die Konten aller Verwaltungen zu kontrollieren und Wirtschaftslage zu analysieren.

7 Die Reform des Artikels 135 der spanischen Verfassung wurde durch PP und PSOE am 26. August beantragt. Sie wurde am 2. September durch das Plenum des Abgeordnetenhauses und am 7. September durch das Plenum des Senats erlassen. König Juan Carlos I unterzeichnete die Verfassungsreform am 27. September 2011.

8 „Discurso del Presidente del Gobierno en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar de las Conclusiones del Consejo Europeo“, Madrid, 14. März 2012, zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.

9 Das spanische Parlament ratifizierte mit großer Mehrheit den Fiskalpakt. Die Abstimmung fand im Abgeordnetenkongress am 21. Juni 2012 statt (309 Stimmen, 19 Gegenstimmen) und im Senat am 18. Juli 2012 (240 Stimmen, 4 Gegenstimmen).

10 „Draghi cree que el Gobierno actuó de la „peor manera posible“ con Bankia“, El País, 31. Mai 2012.

Das Staatsverschuldung war auch 2012 Verhandlungsgegenstand zwischen der Europäischen Kommission und der spanischen Regierung. Obwohl sich Spanien anfangs dazu verpflichtet hatte, 2012 4,4% des BIP nicht zu überschreiten, um so 2013 die angestrebten 3% zu erreichen, ließen die Voraussagen einer möglichen zweiten Rezession das Schlimmste befürchten. Mariano Rajoy teilte dem Europäischen Rat unter Berufung auf die nationale Souveränität mit, dass Spanien die 4,4% des BIP nicht einhalten könne und dass das Ziel nun bei 5,8% des BIP liegen würde. Dies stieß auf den Widerspruch der deutschen Kanzlerin, Angela Merkel. Sie verlangte über die Euro-Gruppe, dass Spanien noch zusätzliche 5 Milliarden Euro einsparen müsse, um 2012 mit einem Defizit von 5,3% vorweisen zu können.¹¹ Damit war die Verringerung des spanischen Staatsdefizits nicht mehr eine Angelegenheit der staatlichen Souveränität, sondern das Ergebnis von Verhandlung mit einigen schwergewichtigen Partnern in der Union.

Die EU musste schließlich angesichts der schlechten Konjunkturprognosen Spaniens nachgeben. Im Juni wurde für 2012 ein Defizit von 6,3% des BIP vereinbart und das Ziel von 3% auf 2014 verschoben. Rajoy kündigte am 11. Juni 2012 dem Kongress Einsparungen in Höhe von 65 Milliarden Euro für 2013 und 2014 an. Die schmerzhaftesten Einschnitte waren die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Verringerung der Beamtengehälter um ein Viertel, die Reduzierung des Arbeitslosengeldes ab dem sechsten Monat, die Erhöhung der grünen Steuer (CO₂-Emissionssteuer), die Verringerung der Zahl der Gemeinderäte, der Wegfall der Subventionen beim Wohnungsbau, die Ausgabenkürzungen der Ministerien und die Schließung staatlicher Unternehmen.¹² Viele dieser Maßnahmen waren zuvor von Rajoy, seinen Ministern und seiner Partei noch strikt abgelehnt worden.

Hilfsgelder für Spanien

Der 25. Juni 2012 wird in die spanische Geschichte eingehen als der Tag, an dem Wirtschaftsminister Luis de Guindos formell bei der Euro-Gruppe Finanzhilfe zur Rekapitalisierung der Banken beantragte, die diese Hilfe benötigen.¹³ Der Weg bis zu diesem offiziellen Antrag war lang und schmerzhaft. Unter dem Druck der wichtigsten Institutionen der EU, aber auch Deutschlands und sogar den USA, gab bis Spanien schließlich seine Bemühungen auf, sich weiterhin selbst an den Kapitalmärkten zu finanzieren.

Zu keinem Zeitpunkt erwähnten weder der Wirtschaftsminister, noch ein Regierungsmitglied das Wort „Rettungsschirm“: Sie bevorzugten andere Ausdrücke wie „finanzielle Hilfe“, „Kredit zu sehr günstigen Konditionen“ oder „Kreditlinie ohne makroökonomische Konditionen“. Die internationale Presse nahm diese Art, das „böse“ Wort zu vermeiden, auf und titelte ironisch: „you say tomato, I say bailout“.¹⁴ Strenggenommen handelte es sich nicht um Finanzhilfe für Spanien, sondern um eine Rekapitalisierung der spanischen Banken. Trotzdem legte die Euro-Gruppe bei ihrer Bewilligung des spanischen Antrags auf Finanzhilfe fest, dass „das Verfahren des überhöhten Defizits und der Strukturreformen

11 „Rajoy reta a Bruselas y fija el déficit en el 5,8%, El Mundo, 2. März 2012.

12 „Intervención del Presidente del Gobierno, Don Mariano Rajoy, en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar sobre el Consejo Europeo y sobre la política económica del Gobierno“, Madrid, 11. Juli 2012, zu finden unter <http://www.lamonclao.gob.es>.

13 „España solicita formalmente asistencia financiera para la banca española“, Schreiben des Wirtschaftsministers Luis de Guindos an den Präsidenten der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, Madrid, 25. Juni 2012.

14 „You say tomato, I say bailout: How Spain Agreed to Be Rescued“, Time, 9. Juni 2012.

regelmäßig und aus der Nähe kontrolliert würde, um das makroökonomische Ungleichgewicht im Rahmen des europäischen Halbjahrs zu korrigieren“.¹⁵

Obwohl bereits zu Beginn festgelegt wurde, dass sich der Betrag auf 100 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von 3% belaufen würde, mussten einzelne Punkte vor dem „Memorandum of Understanding“ noch verhandelt werden. Einerseits beantragte die spanische Regierung, dass es sich hierbei um eine reine Bankenrekapitalisierung handeln und diese Finanzspritze entsprechend keine Staatsverschuldung darstellen soll. Obwohl Deutschland hiermit nicht einverstanden war, beschloss der Europäische Rat im Juni 2012, dass den angeschlagenen Banken direkte Kredite nach der Einführung einer Bankenaufsicht unter der Leitung der EZB gewährt würden. Dies ist ein zweischneidiges Schwert, denn obwohl dem Antrag Spaniens stattgegeben wurde, die Beziehungen zwischen Banken und unabhängigen Notenbanken zu kappen, wurde die Maßnahme ohne Zeitangabe zurückgestellt, bis eine Bankenunion in greifbare Nähe rückt. Weiterhin wurde entschieden, dass die Finanzhilfe für Spanien provisorisch über den EFSF (der im Juni 2013 endet) gewährt würde, bis der ESM in Kraft tritt.¹⁶

Das von Spanien unterzeichnete „Memorandum of Understanding“ enthielt 32 Bedingungen des Finanzsektors sowie die Bedingungen über die Auszahlung der Tranchen. Diese Bedingungen beinhalteten eine Sparkassenreform, die Schaffung einer Bad Bank, die Forderung nach mehr Kapital, strenge Restriktionen der Banken, die Finanzhilfen beantragen, die vierteljährliche Kontrolle des spanischen Finanzsystems und die Verpflichtung, vor jeder finanziellen und steuerlichen Maßnahme der Regierung, die nicht im Memorandum enthalten ist, mit der Troika Rücksprache zu halten.¹⁷ Zusammenfassend schrieb eine spanische Zeitung: „Im Gegenzug zur Rettung nahm die EU Spanien Wirtschaftskompetenzen und stellte die Banco de España unter die Vormundschaft der EZB.“¹⁸ Nachdem die Kapitalhilfe unterzeichnet war, war die Regierung vor allem auf die rasche Durchführung der Hilfeleistungen durch die EU angewiesen. Wie Mariano Rajoy sagte, „gilt es zu vermeiden, dass zwischen der politischen Entscheidung und deren Umsetzung zu viel Zeit verstreicht, sonst haben die politischen Vereinbarungen auf höchster Ebene keine Wirkung mehr.“¹⁹ Trotzdem geht die „Seifenoper“ weiter, wann und wie die erste Tranche über 30 Milliarden Euro ausgezahlt wird – und ob Spanien doch noch im Herbst 2012 unter den Rettungsschirm schlüpfen muss.

Es muss betont werden, dass Mariano Rajoy angestrengt nach Wachstumsmaßnahmen suchte, vor allem nachdem François Hollande diese Maßnahmen während des französischen Wahlkampfes in die europäische Agenda aufnahm. Auch wenn diese Suche zunächst eher diskret verlief, da Spanien vor Merkel als zuverlässiger Partner dastehen wollte, fühlte sich Rajoy gestärkt, als die Rufe nach Wachstum innerhalb der EU immer lauter wurden. Er unterzeichnete im Februar gemeinsam mit zwölf Regierungschefs das Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und an den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in dem ein Wachstumspakt für Europa

15 „Declaración de la Cumbre de la Zona del Euro“ vom 29. Juni 2012, Europäischer Rat, Brüssel, 30. Juni 2012.

16 „Las auditorias que pidió Guindos son las que exige la EU para un rescate a la banca“, El País, 8. Juni 2012.

17 „Spain: Memorandum of Understanding on Financial-Sector Policy Conditionality“, Juli 2012.

18 „La UE pone bajo tutela a España“, El País, 11. Juli 2012.

19 „Intervención del Presidente del Gobierno, Don Mariano Rajoy, en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar sobre el Consejo Europeo y sobre la política económica del Gobierno“, Madrid, 11. Juli 2012, zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.